



## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

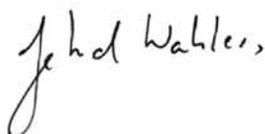
die gewalttätigen Bilder dieser Wochen aus Homs und den Vororten von Damaskus erzeugen bei vielen von uns Entsetzen und Schrecken. Ungebändigt und scheinbar ziellos wendet sich die Gewalt der Herrschenden gegen oftmals wehrlose Menschen. Zu befürchten ist, dass sie nur neue Gewalt erzeugen wird. Nach etwas mehr als einem Jahr stehen diese Eindrücke in diametralem Gegensatz zu denjenigen, die in der öffentlichen Diskussion und Berichterstattung mit dem Begriff „Arabischer Frühling“ verbunden wurden. In der Tat, wenig ist geblieben von der Euphorie und der Freude, die sich in der Region Nordafrikas und des Nahen Ostens, aber auch in Europa, ausgebreitet hatte, als die ersten autoritären Regime fielen und mit Ben Ali und Hosni Mubarak die ersten Diktatoren weichen mussten.

Was unter den Rufen nach „Freiheit“, „Würde“ und „Gerechtigkeit“ begann, erweist sich heute als ein nicht geradliniger, vor allem nicht einheitlicher und mitunter auch von Rückschlägen nicht gefeierter Prozess. Das zeigt sich auch an den Resultaten der ersten freien Wahlen in Tunesien und Ägypten, die mit dem überaus starken Abschneiden islamistischer Parteien neue politische Akteure teilweise bereits in Regierungsverantwortung brachten. In dieser Ausgabe berichtet Klaus D. Loetzer von dem Wahlsieg islamistischer Parteien in Tunesien und den Folgen für den Transformationsprozess des Landes.

Die Umwälzungen in der Region haben auch ganz unmittelbare Konsequenzen für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung gezeitigt: Wer die Ereignisse rund um unser Büro in Kairo und unsere von der ägyptischen Staatsanwaltschaft angeklagten Mitarbeiter verfolgt, wird sich die Frage stellen, wie ernst es die Regierenden mit dem Aufbau einer neuen demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung meinen. Abgesehen davon, dass die gegen uns erhobenen Vorwürfe absurd sind, müssen wir uns die Frage stellen,

welches Ziel die politisch Agierenden damit verfolgen. Ihre Maßnahmen treffen zunächst uns als Stiftung, aber sie zielen vor allem auf die ab, mit denen wir partnerschaftlich und transparent zusammenarbeiten, um Demokratie, Freiheit und Recht zu stärken.

Ein steter Grundsatz unserer Arbeit war immer, uns nicht aufzudrängen. Stattdessen bieten wir unsere Hilfe und Expertise an, weil wir selbst als Deutsche erfahren haben und noch bis heute erfahren, dass um die Grundlagen der Demokratie immer wieder neu gerungen und gekämpft werden muss. Unsere eigene Erfahrung bietet uns dabei auch Orientierung mit Blick auf Regionen, die sich nach wie vor im Umbruch befinden: Es besteht kein Grund, nach der Euphorie und der anschließenden Ernüchterung in Pessimismus zu verfallen oder gar bereits einen „Arabischen Winter“ auszurufen. Die Entwicklungen sind komplexer und schwieriger als vielleicht angenommen, aber sie haben erstmals nach der Unabhängigkeit Millionen Menschen in der Region Freiheit beschert. Das ist noch nicht alles, aber ein wichtiger Schritt auf dem Weg, eine neue politische Kultur zu entwickeln, in der die Menschenrechte geachtet werden.



Dr. Gerhard Wahlers  
Stellvertretender Generalsekretär

[gerhard.wahlers@kas.de](mailto:gerhard.wahlers@kas.de)